

Lübecker Nachrichten

www.ln-online.de

In-online/lokales

vom 03.12.2011 00:00

Jost de Jager: Bund soll Geld für Hochschulen zahlen

Lübeck - Der Wissenschaftsminister will 2012 eine Bundesratsinitiative starten. Die Forscher sind begeistert – und Lübecks Uni träumt davon, Hochschule des Bundes zu werden.

Das Vorhaben klingt zunächst dröge, ist aber eine revolutionäre Idee. Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) will, dass der Bund den Hochschulen direkt Geld geben kann. Dass ist bisher nicht möglich. Denn die Länder zahlen die Grundausrüstung der Unis, der Bund finanziert lediglich Forschungsprojekte. In Schleswig-Holstein fließen rund 360 Millionen Euro jährlich in die Hochschulen, davon 45 Millionen Euro nach Lübeck.

„Wir wollen dem Bund die Möglichkeit geben, sich direkt an den Hochschulen zu beteiligen“, so de Jager. Dafür will er 2012 eine Bundesratsinitiative starten, um das so genannte Kooperationsverbot zu kippen. Im Januar soll das Kabinett in Kiel darüber befinden. „Die süddeutschen Länder haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Norden“, kritisiert de Jager die derzeitige Situation. Denn wenn der Bund Forschung fördern will, dann steckt er Geld in Projekte, aber auch die Länder müssen sich beteiligen. Bei dieser Kofinanzierung könne ein armes Land wie Schleswig-Holstein nicht mehr mithalten. „Alle Länder stehen an der Startlinie, aber einige ein paar Meter dahinter“, kritisiert de Jager.

Die Wissenschaftler sind sehr angetan von der Initiative. „Die kleinen Bundesländer wie wir, das Saarland, Hamburg oder Bremen sind zurzeit die Verlierer“, klagt Uni-Präsident Peter Dominiak. Die Hochschulen bräuchten eine bessere Basis-Ausrüstung. „Der Norden ist jetzt schon Schlusslicht.“ In Schleswig-Holstein zahlt das Land im Durchschnitt 7500 Euro pro Jahr und pro Student, in Bayern sind es fast 8000 Euro, in Baden-Württemberg sogar mehr als 8100 Euro.

Sars-Forscher Professor Rolf Hilgenfeld von der Uni kann sich sogar gut vorstellen, dass Lübeck zu „einer Bundes-Uni“ werden könnte. „Das würde gut passen.“ Im Ausland sei es üblich, dass es neben Hochschulen, die durch die Länder finanziert werden, auch welche gebe, die der Bund fördere. Dominiak stimmt zu: „Bundes-Uni, das würden wir gerne werden.“ Denn die Uni kennt das Problem, am Tropf des klammen Landes zu hängen, aus bitterer Erfahrung. Nur durch eine Finanzierung auf komplizierte Umwege konnte sie 2010 mit Bundesgeld vor dem Aus gerettet werden.

Doch das Nord-Süd-Gefälle in der Republik hat noch eine weitere Auswirkung: Der Süden bezahlt seine Professoren besser. „Da kann ich nicht mithalten“, gibt Stefan Bartels, Präsident der Fachhochschule, zu. Erst kürzlich hat sich einer seiner Wissenschaftler nach Baden-Württemberg verabschiedet, weil dort höhere Zulagen gezahlt werden. Bartels hält das Kooperationsverbot für „eine künstliche Hürde, die völlig widersinnig ist“. Auch die Fachhochschulen würden davon profitieren, wenn der Bund direkt in die Finanzierung einsteigen könnte. „Zudem könnte der Bund steuernd eingreifen“, so Bartels. Beispielsweise bestimmte Fächer fördern, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) steht hinter de Jagers Vorstoß. Präsidentin Margret Wintermantel: „Wir drängen sehr darauf, dass auch Bundesmittel in die Grundfinanzierung der Hochschulen fließen können.“ Der Erfolg der Bundesratsinitiative

ist allerdings fraglich, denn die Länder im Süden werden sich ihre bessere Ausgangsposition beim Wettkampf ums Bundesgeld nicht streitig machen lassen. Trotzdem ist de Jager von seiner Initiative überzeugt: „Wir müssen die Diskussion anstoßen.“

Von Josephine von Zastrow

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/nachrichten/3306543>

© 2010 www.ln-online.de